

„Der eine wartet, dass die Zeit sich wandelt.
Der andere packt sie kräftig an und handelt!“ (Dante)

Friedrichsdorf geht uns alle an!

Kommunalwahl 2011 Wahlprogramm FDP Friedrichsdorf

Friedrichsdorf ist für seine Bürgerinnen und Bürger Heimat. Es muss und wird sich jedoch manches ändern, wenn das so bleiben soll und Friedrichsdorf im Konkurrenzkampf der Kommunen bestehen will.

1. Die gefühlte Lebensqualität Friedrichsdorfer Bürger ist im Vergleich aller Taunusgemeinden nur Mittelmaß, wie eine Analyse der Taunuszeitung im Herbst 2010 ergab.
2. Auch bei vielen wirtschaftlichen Faktoren ist Friedrichsdorf im Vergleich zu den Umlandgemeinden nur Mittelmaß: die Steuereinnahmen, die Zahl der Arbeitsplätze und die Bevölkerungsentwicklung sind nicht zufriedenstellend.
3. Und dieses Mittelmaß ist nicht einmal das Ergebnis einer besonders soliden Haushaltspolitik. Ganz im Gegenteil. Die Haushaltslage ist mit einem Schuldenstand von ca. 50 Mio Euro so schlecht wie nie zuvor. Zusätzliche 22 Mio Euro Schulden sind für die kommenden Jahre bereits fest eingeplant. Und das, obwohl unsere Stadt schon den höchsten Grundsteuersatz aller Gemeinden im Umkreis hat.

Wie also können wir in dieser Lage Friedrichsdorf für die Zukunft rüsten? Wir könnten natürlich warten, bis die Zeiten sich bessern, „bis Land und Bund [also wir Steuerzahler] wieder mehr für die Kommunen tun“, wie unser Bürgermeister (Die Grünen) so oft fordert.

Wir alle wissen, dass Abwarten unsere Lage nur verschlechtern wird. Lassen Sie uns also unsere alten kommunalpolitischen Konstellationen überdenken und neue Wege finden. Lassen Sie uns auf liberale Politik setzen und die Probleme angehen. Die FDP baut dabei auf die Initiative und Verantwortung jedes Einzelnen, auf bürgerschaftliches Engagement. Denn Bürgersinn und Ehrenamt tragen entscheidend zur Lebendigkeit und zum Lebensgefühl in unserer Stadt bei. Überlassen wir doch die Problemlösungen nicht mehr ausschließlich der Kommune! Helfen wir als Bürgerinnen und Bürger doch bei der Gestaltung unseres Umfeldes!

Denn Friedrichsdorf geht uns alle an! Wir setzen daher auf Bürgerbeteiligung in allen Bereichen und für alle Projekte, die die Zukunft unserer Stadt berühren

Die FDP wird sich dafür einsetzen, dass Friedrichsdorf in Zukunft als attraktive Heimat für seine Bürger und als Wirtschaftsstandort mit optimalen Rahmenbedingungen erfolgreicher sein kann als bisher. Wir setzen auf eine Partnerschaft zwischen Politik und Bürgerschaft, die dabei hilft, dass Friedrichsdorf seine Potentiale abrufft, seine Stärken erkennt und sich bietende Chancen ergreift.

Sie, liebe Bürgerinnen und Bürger, haben Anspruch darauf, dass auch Politik Verantwortung übernimmt und Leistung erbringt. Dafür steht die Friedrichsdorfer FDP.

Geben Sie deshalb am 27. März Ihre Stimme der FDP – für eine lebenswerte Zukunft in einer lebenswerten Stadt.

Inhaltsverzeichnis

- 1 Liberale Oppositionspolitik – konstruktiv und vernünftig**
- 2 Unsere Ausgangslage 2011**
- 3 Liberale Politik für eine zukunftsträchtige Stadt**
 - 3.1. Sinnvoll Sparen durch gute Planung und qualifiziertes Projektmanagement**
 - 3.2. Mehreinnahmen durch mehr Wirtschaftsförderung**
 - 3.3. Stadtentwicklung: Mehr als die Bebauung des Milupa-Geländes!**
 - 3.4. Verkehrspolitik muss mit Friedrichsdorfer Entwicklung Schritt halten!**
 - 3.5. Kinder, Jugend und Senioren: Der Handlungsbedarf für eine zukunftsfähige Stadt ist groß**
- 4 Zu guter Letzt: Ihre Stimme für die FDP und ein besseres Friedrichsdorf!**

1. Liberale Oppositionspolitik - konstruktiv und vernünftig

Wählerauftrag angenommen

Die Friedrichsdorfer FDP-Fraktion hat die ihr von den Wählern vor fünf Jahren übertragene Aufgabe als Opposition angenommen und mit Verantwortung und Fleiß wahrgenommen. Wir haben uns nicht aufs Nein sagen beschränkt, sondern haben konstruktiv Politik gemacht.

FDP-Vorschläge und Initiativen im Parlament waren:

➤ Wir haben eine Vielzahl von **eigenen Vorschlägen** gemacht. Gemessen an der Zahl der Fraktionsmitglieder hat die FDP-Fraktion dreimal so viel Themen ins Stadtparlament eingebracht wie die Grünen und doppelt so viel wie die SPD. Nur beispielhaft seien hier erwähnt:

Kinder- und Jugendparlament
Seniorenwohnekonzepte

- Die Initiative zur Einrichtung einer **Kinder- und Jugendvertretung** im Parlament
- Einsatz für ein breites Angebot unterschiedlicher **Seniorenwohn**-Konzepte durch wiederholte Anträge/Anfragen in den parlamentarischen Gremien

Koordiniertes Entwicklungskonzept für die gesamte Innenstadt

- **Die koordinierte Entwicklung des Milupa-Geländes und seiner Nachbarschaft** ist seit Jahren Gegenstand regelmäßiger Anfragen der FDP
- Auf Initiative der FDP wurde beschlossen dass ein **Gesamtplan für die Entwicklung der Innenstadt** erstellt wird, der die unmittelbare Umgebung des Milupageländes mit einbezieht.

Neue Räume für die Musikschule
Stärkung der Ortsbeiräte
Kinderbetreuung
Neue Wege in der Jugendpolitik

- Die dauerhafte Lösung der Raumprobleme der **Musikschule** geht auf einen Antrag der FDP zurück
- **Stärkung der Ortsbeiräte** von der FDP gefordert
- Regelmäßige Anfragen zur Situation der **Kinderbetreuung**
- Antrag für ein **Konzept für die Jugendzentren**, damit diese sich für die gesamte Jugend Friedrichsdorfs zu attraktiven Treffpunkten entwickeln

Privatisierung des Bauhofs

- Forderung eines Privatisierungskonzepts für den **Bauhof** gefordert, das Steuerzahler- und Mitarbeiterinteressen gleichermaßen berücksichtigt

Förderung von „Freiwillig Aktiv in Friedrichsdorf“

- Die heutige **Förderung des Vereins Freiwillig Aktiv in Friedrichsdorf** durch die Stadt geht auf einen Antrag der FDP-Fraktion zurück

Kinder- und Jugendbüro

- Antrag auf **Einrichtung eines Kinder- und Jugendbüros** als offene Kontakt- und Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche Friedrichsdorfs

Sprachförderung in KITAs

- Antrag auf Erarbeitung eines Konzepts zur **Sprachförderung im Kindergartenalter unter Einbeziehung der Eltern**

Betreuungsgutscheine für U-3-Jährige

- Die FDP beantragte die Teilnahme Friedrichsdorfs am Landesmodellprojekt **„Betreuungsgutscheine für Unter-3-Jährige“** („Kinder fördern, nicht Strukturen“)

Straßennamen

- Die FDP griff die Forderung vieler Bürgerinnen auf und bean-

- tragte, dass Friedrichsdorfer Straßen künftig auch die Namen namhafter Frauen tragen sollen
- Akteneinsichtsausschuss wegen Bauhofmehrkosten
- Die FDP setzte den **Akteneinsichtsausschuss** durch, der die Ursachen für die dramatische Erhöhung der Baukosten für den Bauhof klären und künftig eine Wiederholung gemachter Fehler vermeiden helfen soll
- Sinnvolle Entscheidungen tragen wir mit**
- **Zugestimmt** haben wir regelmäßig den sinnvollen Entscheidungen, die die Lebensqualität in unserer Stadt oder die Wettbewerbsfähigkeit Friedrichsdorfs als Kommune nachhaltig verbessern halfen. Dazu gehörten auch Sparmaßnahmen, die angesichts der wachsenden Finanznöte der Kommune unumgänglich und richtig erschienen. Wir haben beispielsweise mitgetragen:
 - das (ursprünglich von der FDP vorgeschlagene) Stadtentwicklungskonzept mit wechselnder Moderation und Beteiligung
 - die Einführung des gebührenfreien letzten Kindergartenjahres
 - den Neubau der Köppler Mitte, die Mülhgraben-Bewässerung, die Köppler Umgehungsstraße, den Neubau PRS, die Baumaßnahmen Färberstraße u.v.m.
- Was wir abgelehnt haben und ablehnen**
- **Nein gesagt haben wir** zu Entscheidungen, die die Zukunft Friedrichsdorfs und seiner Bürger ohne erkennbaren Fortschritt oder Mehrwert für die Friedrichsdorfer belasteten. Dazu gehörten beispielsweise:
 - Haushalte, die ökonomische Sorgfalt und Verantwortung vermissen ließen
 - der gigantische Aufwand für die Renovierung des Bürgerhauses (Forum). Wie von der FDP seinerzeit befürchtet, lassen die versprochenen Einnahmen immer noch auf sich warten.
 - Das Gazit-Konzept zur Milupagelände-Bebauung
 - Die Erhöhung der Gebühren zu Lasten von Familien
 - Kürzung von Vereinszuschüssen
- Fazit: Verantwortungsvolle Oppositionspolitik, langfristig am Wohl der Bürger orientiert**
- Die FDP Friedrichsdorf hat eine an den Inhalten orientierte, gute Oppositionspolitik gemacht.** Friedrichsdorf wurde in der vergangenen Legislaturperiode von einer großen Mehrheit regiert, bestehend aus der formalen Regierungskoalition von CDU und FWG, verstärkt durch die Grünen des Bürgermeisters als virtuellem Koalitionspartner. Dass Größe (von Mehrheiten) nicht automatisch etwas mit Qualität zu tun hat, hat die Politik dieser Koalition ein ums andere Mal anschaulich gezeigt. Ein Ringen um die besten Ideen fand in der Regel nicht statt; Anträge der Opposition wurden ein ums andere Mal ohne inhaltliche Diskussion einfach abgelehnt. Dafür wurden Pläne und Projekte der Koalitionspartner ohne gewissenhafte Prüfung und Diskussion „durchgewunken“. Umso wichtiger war und ist die Aufgabe der Opposition: 1. Missstände erkennen und darauf hinweisen, immer und immer wieder. 2. Nach

Alternativen suchen und sie deutlich machen. 3. Immer wieder eigene Vorschläge machen und damit die Regierungspolitik zu bereichern. Wir haben diese Aufgabe verantwortlich und gegen viele Widerstände wahrgenommen und damit das Vertrauen, das die Wähler in uns gesetzt hatten, gerechtfertigt.

2. Die Ausgangslage

Schuldenstand 2011: ca. 50 Mio Euro	Die Schulden der Stadt und ihrer Eigenbetriebe sind von 2006 mit 33 Millionen Euro auf jetzt ca. 50 Millionen Euro angewachsen. Eine beängstigende Summe, betragen die ordentlichen Erträge dieses Jahres doch nur ca. 40 Millionen Euro! Nach Abzug der geplanten Aufwendungen von 46 Mio € verbleibt für 2011 ein Haushaltsdefizit von 6 Mio € - das niemand anders als wir Bürger mit unseren künftigen Steuern und dem Verzicht auf öffentliche Leistungen ausgleichen müssen. Die Griechen machen es gerade vor.
Trotz Tafelsilberverkauf erhöht sich der Schuldenberg weiter	Als spielten Schulden keine Rolle, genehmigt sich die Stadt mit der Koalitionsmehrheit in 2011 auch noch Investitionen von 16 Mio €. Der Verkauf des „Tafelsilbers“, also der städtischen Grundstücke, soll in 2011 letztmalig 2,6 Mio € einbringen (nach geplanten 5,1 Mio € in 2010), was den Anstieg der Schulden nur unmerklich dämpft, aber der Stadt die letzten Reserven für die Zukunft nimmt. Auch wenn Förderprogramme des Landes zum Straßenbau genutzt werden, bedeutet das trotzdem, dass die Gelder dazu nur geliehen sind, also den von uns Steuerzahlern abzutragenden Schuldenberg erhöhen. Was macht der Bürgermeister, machen CDU/FWG und die Grünen, wenn das letzte Grundstück verkauft ist? Noch mehr Schulden? In der Tat. Für die Jahre 2012 – 2014 sind bereits weitere 22 Mio € Schulden eingeplant, und zwar nur für die Stadt, ohne ihre Eigenbetriebe. Damit wird unseren Kindern und Enkeln eine schwere Bürde hinterlassen. Eine Perspektive, wie wir aus dieser Lage herauskommen können, wird von der Regierungskoalition nicht aufgezeigt.
Gebühren und Preise sind ausgereizt	Jeder Privatmann, jedes Unternehmen, deren Einnahmen dauerhaft nicht ausreichen, um die Ausgaben zu decken, muss irgendwann die Konsequenzen ziehen und „besser wirtschaften“: Da geht es dann ans Überprüfen jeder einzelnen Ausgabe, auch wenn das weh tut. Und weil Sparen allein meist nicht reicht, muss nach weiteren Einnahmequellen gesucht werden. Unternehmen versuchen mit neuen Produkten, Preisgestaltung und Umsatzsteigerungen die Einnahmen zu steigern und durch Ausschöpfung aller Effizienzreserven die Wirtschaftlichkeit zu erhöhen.

Und was macht Friedrichsdorf? Die Preise für das Leben und Wirtschaften in Friedrichsdorf sind bereits bis an die Grenzen der Wettbewerbsfähigkeit erhöht worden: So hat Friedrichsdorf nach der letzten Anhebung von Steuern und Gebühren jetzt den höchsten Grundsteuersatz B im HTK von 300% (Oberursel z.B. 250 %). Damit wird privater Grundbesitz hoch besteuert, aber durch Umlagen an die Mieter sind auch diese stark belastet. Der Gewerbesteuer-Hebesatz liegt mit 330% zwar um 20 - 30 Prozentpunkte unter Bad Homburg bzw. Oberursel. Da trotzdem kaum Gewerbe-Neuansiedlungen verzeichnet werden können, scheinen auch für diese Steuersätze bereits ausgereizt und keine Empfehlung für Neubürger und Investoren zu sein. Weitere Anhebungen führen eher zu Abwanderungen als zu Mehreinnahmen.

Von 600.000 Euro, die wir Bürger mehr Gebühren gezahlt haben, sind 400.000 Euro für die Bauhofmehrkosten verpulvert worden.

Die städtischen Gebühren für Kinderbetreuung, für Seniorenveranstaltungen, fürs Schwimmbad etc. wurden ebenfalls drastisch erhöht. Interessanterweise nennt man in Friedrichsdorf diese Preiserhöhungen „Einsparungen“. Gewonnen ist damit im Verhältnis zum anwachsenden Schuldenberg nicht viel. Den „Einsparungen“ von € 600.000, die gerade auf Kosten von Vereinen, Familien und Senioren durchgesetzt wurden, steht ein Haushaltsdefizit von 6 Mio € gegenüber. Außerdem wurde ein Großteil der Einsparsumme durch die 400.000 € Mehrkosten für den Bauhof bereits wieder zusätzlich und ungeplant ausgegeben.

3. Liberale Politik für eine zukunftsträchtige Stadt

3.1. Sinnvoll Sparen heißt gute Planung und qualifiziertes Projektmanagement

Vorher Denken spart nachher Kosten!

Wie das Beispiel Bauhofneubau zeigt, steht es mit der Professionalität von Projektplanung und –Controlling nicht zum Besten. Hier lassen sich noch erhebliche Wirtschaftlichkeitssteigerungen/Kostensenkungen erzielen.

Können wir auf Projekte verzichten?

Wenn uns Privatleuten unser Geld z.B. für einen Doppelgaragenneubau mit elektrischem Tor mit Fernbedienung, gepflasterter und begrünter Zufahrt nicht ausreicht, überlegen wir **vor** Bauplanung, ob der Neubau überhaupt sein muss. Gegebenenfalls folgt die logische Frage, ob auch ein Carport reicht oder ob wir nicht auf den einen oder anderen Luxus verzichten können. Danach holen wir natürlich die günstigsten Angebote ein. Und dann sehen wir täglich auf der Baustelle nach, ob der geplante Kostenrahmen auch eingehalten wird. Angewandt auf den Bauhofneubau in Friedrichsdorf heißt das: Die Entscheidung für den neuen Bauhof war nachvollziehbar und begründbar, aus dem Verkauf des ehemaligen Bauhofgeländes sollte der Neubau finanziert werden. **Aber:** Brauchen wir Marmorfensterbänke im Innenausbau? Brauchen wir eine na-

Geht's auch eine Nummer kleiner oder billiger?

<p>Und was kostet uns das alles insgesamt incl. Zinsen und Gebühren?</p>	<p>gelneue Heizanlage, wenn die bisherige Heizung noch neuwertig ist und beste Dienste tut? In Friedrichsdorf ist politisch entschieden worden: statt Einbau der „alten“ noch neuwertigen Gasheizung, die ursprünglich in den neuen Bauhof mitgenommen werden sollte, musste eine Holzhackschnitzelbrennanlage her: Mehrkostenkosten ca. 90.000 €!</p> <p>Bei städtischen Projekten erwarten wir von unserem Bürgermeister als Chef der Kämmerei und vom Ersten Stadtrat, der zugleich Baudezernent ist, vor der Entscheidung Alternativen zu generieren und wirtschaftlich zu bewerten. Für jede Maßnahme ist eine Investitionsrechnung zu erstellen. Bei allen Projekten ist der angespannten Haushaltslage Rechnung zu tragen, d.h. sie sind prinzipiell auf das wirtschaftlich Notwendige zu beschränken. Die Projektdurchführung ist von den Verantwortlichen regelmäßig zu kontrollieren und in regelmäßigen Abständen ans Parlament zu berichten.</p>
<p>Straßenbaumaßnahmen müssen besser geplant werden als der Bauhofneubau</p>	<p>Friedrichsdorf hat im Zusammenhang mit dem Neubau der PRS und der Bebauung des Milupageländes große Straßenbaumaßnahmen vor. Es muss sichergestellt sein, dass die Abwicklung dieser Projekte nach den oben genannten Standards erfolgt. Beim Ausbau der Färberstraße haben wir da schon wieder Bedenken (fehlender Bahnübergang). Und dass bei der Straßenplanung zur PRS die Radwege vergessen wurden, stimmt uns ebenfalls nicht zuversichtlich</p>
<p>Luxus können wir uns nicht mehr leisten!</p>	<p>Eine gute, Alternativen einbeziehende Planung darf sich aber nicht nur auf einzelne große Bauprojekte beschränken. Wir erwarten von unserem obersten Stadtmanagement wenigstens ein Durchschnittsmaß an Vorausschau und Planung. Dass im Winter Schnee fällt, gehört zu den Lebensweisheiten, die für den zuständigen Dezernenten rechtzeitig planbar sind. Alle Taunusgemeinden hatten überdurchschnittlichen Schneefall. Die dadurch verursachten Mehrkosten für das Schneeräumen übersteigen nach Angaben unseres Bürgermeisters aber die Mehrkosten der anderen Gemeinden bei weitem. Wir werden auch hier genau nach den Ursachen fragen, um sicherzustellen, dass freie Straßen in Friedrichsdorf nicht mehr kosten als anderswo.</p> <p>Luxusausgaben und überdimensionierte Projekte können wir uns nicht leisten. Dazu zählen wir Ausgaben, die nicht der Allgemeinheit dienen bzw. die andere Anbieter ebenso gut aber billiger anbieten können. Deswegen haben wir gegen die Förderung einiger weniger Kellerdeckendämmungen gestimmt (die Förderung wurde auch noch nach dem Windhundprinzip vergeben: Wer zuerst kommt, kommt in den Genuss der Preise), deswegen waren wir dagegen, Fahrradcontainer für einige Luxusfahrräder auf unser</p>

aller Kosten anschaffen zu lassen, deswegen sind wir gegen das Solarkataster (die Eignung Ihres Hauses berechnet Ihnen jeder Heizungsbauer).

Bürgerhaushalte schaffen Akzeptanz und Transparenz

Andere Kommunen machen es bereits vor: Sie beteiligen Bürger mittels Bürgerhaushalt an den Sparüberlegungen und erreichen so eine größere Akzeptanz der notwendigen Einschränkungen. Aber auch neue Ideen werden von den Bürgern in die Diskussion eingebracht. Die Stadt Solingen hat z.B. eine Internetplattform eingerichtet, auf der die Bürger Sparvorschläge bewerten, kommentieren und auch eigene Vorschläge machen konnten. Die FDP wird sich dafür einsetzen, dass auch in Friedrichsdorf die Bürger künftig nicht nur über Sparmaßnahmen informiert, sondern vorher konsultiert werden. Bürgerversammlungen, Online-Diskussionen von Investitionsprojekten, Bürgerhaushalte sind ein Weg, der auch in Friedrichsdorf gegangen werden sollte.

3.2. Mehreinnahmen durch mehr Wirtschaftsförderung

Wirtschaftsförderung kein „Blümchenthema“

Wirtschaftsförderung ist kein „Blümchenthema“. Vielmehr muss sie für Kommunen, die im Wettbewerb bestehen wollen, erste Priorität haben. Erfolgreiche Wirtschaftsförderung muss die bestehenden Gewerbetreibenden fördern, unterstützen und so nachhaltig zum Bleiben motivieren. Darüber hinaus muss sie weitere, neue Betriebe nach Friedrichsdorf holen. Wirtschaftsförderung als Querschnittsaufgabe für die Stadtverwaltung und Motor muss dabei die Bedürfnisse und Nöte der Gewerbetreibenden identifizieren. Sie muss Rahmenbedingungen schaffen, die Gewerbetreibende unterstützen und Arbeitsplätze schaffen. Und sie muss durch geeignetes Marketing dafür sorgen, dass die Standortbedingungen zu Wirtschaftswachstum in Friedrichsdorf führen.

Erwirtschaften kommt vor Ausgeben

Erfolgreiche Wirtschaftsförderung schlägt sich knallhart eins zu eins auf der Einnahmeseite nieder. Auch und gerade in den Kommunen muss sich der Grundsatz wieder durchsetzen, dass zunächst erwirtschaftet werden muss, was die Kommune ausgeben will. So handelt jedes Unternehmen und jeder Privathaushalt. Die Verschuldungssituation in Friedrichsdorf zeigt, dass Wirtschaftsförderung in unserer Stadt viel zu lange vernachlässigt worden ist.

Gewerbegebiet Köppern-Nordost ein trauriger Anblick – trotz exzellenter Voraussetzungen

Der traurige Anblick des Gewerbegebietes Köppern-Nordost sowie die mangelnde Vermarktung des Gewerbeparks Seulberg legt die Defizite in der Friedrichsdorfer Wirtschaftsförderung schonungslos offen. Wirtschaftsförderung hat in unserer Stadt keine Lobby, keine Priorität. Friedrichsdorf und insbesondere das Gewerbegebiet Köppern-Nordost sind exzellent an die Autobahn angebunden, ein

kaum zu überbietender Standortvorteil. Friedrichsdorf als Standort im Rhein-Main-Gebiet bietet darüber hinaus einen Anschluss an Bahn und S-Bahn. Bei der Wahl der Standorte werden für die Unternehmen weiche Standortfaktoren immer wichtiger. Friedrichsdorf kann mit seinen hervorragenden Bildungseinrichtungen, wie dem Neubau der Philipp-Reis-Schule, der Rhein-Main-International School sowie dem vielfältigen Angebot an Grundschulen mit Ganztagsangeboten, Kindergärten und Krippen die gesamte Bandbreite vorweisen. Auch das Kulturangebot durch die zahlreichen Initiativen und Vereine braucht sich vor anderen Kommunen im Rhein-Main-Gebiet nicht zu verstecken. Dennoch gelingt es der Stadt nicht die Flächen der Gewerbegebiete zu vermarkten.

Jenseits der Autobahn keine leerstehenden Flächen

Erfolgreiche Wirtschaftsförderung ist kein Hexenwerk. Andere Kommunen und Regionen machen uns vor, wie erfolgreiche Wirtschaftsförderung aussehen kann. So weisen benachbarte Gewerbegebiete wenige Kilometer auf der anderen Seite des Autobahnanschlusses keine leer stehenden Flächen aus.

Bisher Defizite in Ausstattung der Wirtschaftsförderung

Daher fordert die FDP Friedrichsdorf, der Wirtschaftsförderung in unserer Stadt endlich Priorität einzuräumen. Im Friedrichsdorfer Wirtschaftsförderungsbericht 2009 heißt es, dass aufgrund hoher Arbeitsbelastung in anderen Tätigkeitsfeldern die Mitarbeiter des Amts für Wirtschaftsförderung sich nur eingeschränkt um ihre Kernaufgabe kümmern konnten, Mitarbeiter zur zeitweisen Unterstützung der Wirtschaftsförderung standen ebenfalls nicht zur Verfügung. Eine solche Situation dürfte durch keinen Verwaltungsleiter oder Dezernenten geduldet werden. Hier wird am falschen Ende gespart. Erfolgreiche Wirtschaftsförderung heißt der Konkurrenz eine Nase voraus zu sein. Nur mit einer Wirtschaftsförderung, die absolute Priorität besitzt, können dauerhaft neue Arbeitsplätze und neue Einnahmequellen in Friedrichsdorf geschaffen sowie die Abwanderung vorhandener Arbeitsplätze verhindert werden. Eine Wandlung Friedrichsdorfs zum reinen Schlafort, ohne Unternehmen und ohne eine belebte Innenstadt wollen wir als Friedrichsdorfer FDP verhindern.

Wirtschaftsförderung muss Priorität haben

Belebung der Innenstadt durch Milupa-Gelände gefordert

Zur erfolgreichen Wirtschaftsförderung gehört auch eine Belebung der Innenstadt. Dies ist insbesondere bei der Umsetzung der Bebauung des Milupa-Geländes zu beachten. Der dort voraussichtlich entstehende Handelsplatz darf nicht zu Lasten der bestehenden Innenstadt-Betriebe gehen, sondern muss im Gegenteil zu einer Belebung der Innenstadt führen. Hier ist eine Wirtschaftsförderung gefordert, die mit den Gewerbetreibenden gemeinsam Ideen und Konzepte entwickelt. Auch andere Kommunen haben hier bereits Erfahrungen gesammelt und Konzepte entwickelt, u.a. in den Aktionen „Ab in die Mitte“ oder „Aktive Kernbereiche Hessen“.

Gewerbesteuern statt Sparen an Kindern und Vereinen

Erfolgreiche Wirtschaftsförderung muss Gewerbesteuern nach Friedrichsdorf bringen. Dies ist für die FDP Friedrichsdorf der richtige Weg – im Gegensatz zu Erhöhungen von Kindergartengebüh-

ren oder Senkung der Vereinsförderung.

Die Friedrichsdorfer FDP fordert daher:

- | | |
|---|--|
| Bereitstellung der Nötigen Ressourcen | <ul style="list-style-type: none">• Endlich die Bereitstellung der notwendigen Ressourcen mit kompetenten und erfahrenen Mitarbeitern. Der jetzt weitgehend allein kämpfenden Amtsinhaber braucht Verstärkung durch qualifizierte Mitarbeiter, die ausschließlich der Wirtschaftsförderung zur Verfügung stehen und rund um die Uhr für Arbeitsplätze in Friedrichsdorf arbeiten. Auch im Magistrat muss Wirtschaftsförderung endlich zur Chefsache werden und oberste Priorität haben. |
| Lernen von erfolgreichen Kommunen | <ul style="list-style-type: none">• Es gibt zahlreiche Ansätze und erfolgreiche Konzepte anderer Kommunen, u.a. aus den Aktionen www.abindiemitte-hessen.de und www.aktive.kernbereiche-hessen.de, aus denen Friedrichsdorf lernen kann. Wenn nötig ist Expertenrat einzuholen, der uns erschließt, wie andere Kommunen erfolgreich Wirtschaftsförderung betreiben, wie sie erfolgreich den richtigen Branchenmix und entsprechende Unternehmen identifizieren, welche Standortfaktoren von den Unternehmen für unabdingbar gehalten werden, wo in Friedrichsdorf Defizite bestehen und womit Friedrichsdorf erfolgreich dauerhaft punkten kann. |
| Erfahrungen und Kompetenzen der Friedrichsdorfer Unternehmen nutzen | <ul style="list-style-type: none">• Friedrichsdorf ist bereits Standort zahlreicher Unternehmen, vom Handwerk bis hin zu Global Playern. Die handelnden Personen in diesen Unternehmen besitzen exzellente Kompetenzen und Erfahrungen sowie Kontakte, zum Teil durch weltweite Standorte. Dieses Know How gilt es zu nutzen. Dazu bedarf es mehr als sporadischer unverbindlicher Besuche durch den Bürgermeister. Vielmehr sollte diese Erfahrung in Form eines Wirtschaftsbeirates stetig eingebracht werden. Eingaben aus einem Beirat sind zu bearbeiten, sie dürfen nicht verpuffen oder in der Schublade verschwinden. Dabei darf dieser Austausch nicht nur als Unterstützung zur Gewinnung neuer Unternehmen verstanden werden, dieser Austausch soll auch der Pflege der bestehenden Unternehmen und somit dem Erhalt und Ausbau der Arbeitsplätze dienen. |
| Auf regionaler Bühne besser präsentieren | <ul style="list-style-type: none">• Erfolgreiche Wirtschaftsförderung kann nur in der Vermarktung der Region erfolgen. Kein Unternehmer entscheidet sich zunächst und ausschließlich für Friedrichsdorf. Er entscheidet sich zunächst für den Standort Rhein-Main und erst danach für Friedrichsdorf. Dem wird mit den regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften im Planungsverband Frankfurt / Rhein-Main Rechnung getragen. Hier betreiben mehrere Gesellschaften nebeneinander Wirtschaftsförderung für das Rhein-Main-Gebiet und seine Kommunen. Die FDP fordert die Konzentration dieser Aktivitäten auf eine Gesellschaft. Die Stadt Friedrichsdorf muss sich auf der Plattform dieser regionalen Wirtschaftsförderung besser präsentieren und diese Wirtschaftsförderung besser für unsere Stadt nutzen. |

3.3. Stadtentwicklung: Mehr als die Bebauung des Milupa-Geländes!

STEK 25+: Vom Papier-
tiger zum Leitmotiv!

Auf Initiative der FDP wurde vor Jahren eine Projektgruppe eingesetzt - von Profis moderiert, mit Politikern und Bürgern besetzt -, die eine Planung Friedrichsdorfs über alle Ortsteile, über Arbeitsplätze, über Kitas und Pflegeplätze usw. hinweg, also ein ganzheitliches Stadtentwicklungskonzept, für den Zeitraum bis 2033 erstellt hat. Es liegt unter dem Titel „Stadtentwicklungskonzept Stadt 25+ Friedrichsdorf“ (STEK 25+) vor. Darin steht viel Richtiges, z. B. als städtebauliches Ziel für die Kernstadt: *„Als Innenstadt soll der Bereich von Hugenottenstraße bis zum ehemaligen Milupa-Gelände entwickelt werden. In diesem Zusammenhang ist auch die Anbindung an den Houiller Platz zu berücksichtigen. Synergieeffekte zwischen historischer Hugenottenstraße und modernem Zentrum auf dem Milupa-Gelände stärken die Identität der Innenstadt. Die Hugenottenstraße mit ihren historischen Gebäuden, den kleinen Läden, dem Arbeiten und Wohnen wird ergänzt durch den neu entwickelten Bereich auf dem Milupa-Gelände mit modernem Einkaufen, zentralem Wohnen, Arbeiten und Kultur.“* Selbst die Bedingungen, ohne deren Erfüllung diese Entwicklung zu einem über das Milupa-Gelände hinausgehenden homogenen Kernbereichs nicht möglich ist, sind bereits skizziert: Die Verknüpfung von Hugenottenstraße und Landgrafenplatz mit dem Milupa-Gelände, ebenso wie die Anbindung des Houiller Platzes an das Gelände.

Endlich Gesamtkonzept
für Innenstadt statt
Flickschusterei von Nö-
ten

Leider hat sich schnell gezeigt, dass für Verwaltung und Koalition der Inhalt des STEK 25+ reine Theorie und ohne bindenden Charakter ist: Das 2008 von dem Projektentwickler Gazit für das Milupa-Gelände vorgelegte Bebauungskonzept sah ein gewaltig dimensioniertes Zentrum vor, das wie ein UFO völlig losgelöst von der Umgebung in der Innenstadt platziert werden sollte. CDU, FWG und Grüne wollten diesem Konzept ohne Wenn und Aber zustimmen. Nur wegen des Widerstands und auf Antrag der FDP, die das Stadtentwicklungskonzept 25+ für eine bindende Leitmaxime hielt und hält, wurde damals von allen Fraktionen beschlossen, dass mit dem Bebauungsplan für das Milupa-Gelände bis Ende 2008 von der Stadtverwaltung eine Planung für das angrenzende Gebiet und dessen Anbindung zu erstellen sei. Dieser Plan wurde bis heute nicht vorgelegt, obwohl die Bebauung des Milupa-Geländes in eine konkrete Phase getreten ist.

Das Stadtentwicklungskonzept 25+ als Leitmaxime für alles stadtplanerische Handeln

Das Stadtentwicklungskonzept 25+ ist langfristig, beschäftigt sich mit allen Lebensbereichen der Gesamtstadt und berücksichtigt Vor-

stellungen und Wünsche eines Querschnitts der Friedrichsdorfer Bürger. Es ist mithin eine gute Basis, auf der Politik und Bürger aufbauen können.

Wir Liberale fordern daher die Umsetzung dieses Konzepts. Das heißt, dass ab sofort das STEK 25+ als Leitmaxime für alle stadtplanerischen Entscheidungen herangezogen wird. Die Qualität der Entscheidungen muss in Zukunft an den Vorgaben des STEK 25+ gemessen werden.

Dazu bedarf es einer Konkretisierung des Konzepts. Die im STEK 25+ erarbeiteten Projektionen und Leitmaximen müssen nun in konkrete Handlungspläne und -anweisungen münden, die mit einem Zeitplan versehen sind. In diesem Zusammenhang sollte die Stadtverwaltung den 2008 beschlossenen Plan für den Kernbereich der Innenstadt endlich erarbeiten und vorlegen lassen - und zwar bevor mit den umfangreichen Straßenbaumaßnahmen im Zuge der Bebauung des Milupa-Geländes begonnen wird. Die FDP möchte unnötige Kosten durch Fehlplanungen vermeiden!

Wir fordern ständige Fortschreibung des StEK!

Nur ein dynamisches Stadtentwicklungskonzept ist ein sinnvolles, wettbewerbsfähiges Konzept, weil es die sich wandelnden Bedürfnisse der Bürger berücksichtigt. Wir darauf drängen, dass die einmal erarbeiteten Projektionen und Planungen kontinuierlich fortgeschrieben und angepasst werden. Das sollte unter intensiver und transparenter Einbeziehung der Friedrichsdorfer Bürger geschehen.

Neuerschließungen nur als Bürgerbeteiligungsprojekte

Bessere Bürgerbeteiligung bei allen wesentlichen städtebaulichen Vorhaben sicherstellen!

Die Bebauung des Milupa-Geländes unter hoffentlich sinnvoller Anbindung der angrenzenden Gebiete ist nur ein kleiner Teil der vor uns stehenden baulichen Veränderungen in Friedrichsdorf. So müssen das Gelände am Hohen Weg und die Plantation neu bebaut werden, wenn die Philipp-Reis-Schule und Sportvereine in den Schulneubau und neuen Sportpark umgezogen sind. Die FDP fordert: jetzt in die gemeinsame Zukunft investieren und Jung und Alt an der Stadtentwicklung beteiligen! Das bedeutet, die Neubaugebiete als Bürger-Beteiligungs-Projekte zu entwickeln und nicht als fertiges Konzept vom Stadtplanungsamt vorzugeben. Das erhöht die Attraktivität und Akzeptanz der Neubauten in der Bevölkerung. Mit neuen Ideen werden neue Friedrichsdorfer angeworben. Das gleiche gilt für alle anderen neu zu erschließenden Gebiete in unserer Stadt.

3.4. Verkehrspolitik muss mit Friedrichsdorfer Entwicklung Schritt halten!

Liberaler Leitlinien:

Alle Verkehrsteilnehmer besitzen gleichwertigen Stellenwert, kein Platz für ideologische Planspiele!

Ein wichtiges Ziel liberaler Verkehrspolitik ist eine attraktive öffentliche Verkehrsgestaltung innerhalb Friedrichsdorfs, aber auch in enger Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden. Aus Sicht der Liberalen müssen alle Verkehrsteilnehmer – Fußgänger, Radfahrer, Autofahrer und der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) – einen gleichwertigen Platz einnehmen. Für ideologische Planspiele ist in Friedrichsdorf kein Platz vorhanden! Wir wollen, dass der Verkehr fließt.

Wir setzen uns für einen besseren Lärmschutz entlang der A5 ein!

Die FDP in Friedrichsdorf setzt sich bereits seit 2001 für einen nachhaltigen und wirksamen Lärmschutz entlang der Bundesautobahn 5 (A5) für alle Friedrichsdorfer Stadtteile ein, insbesondere für Burgholzhausen und Seulberg. Bisher lehnt das zuständige Landesamt für Straßenbau und Verkehrswesen jedoch einen Lärmschutz mit dem Hinweis darauf ab, dass eine solche Maßnahme erst im Rahmen eines Ausbaus der A5 in Frage kommen kann. Wenn die A5 zwischen dem Frankfurter Nordwestkreuz und Friedberg in den nächsten Jahren auf acht Spuren so erweitert wird, wie es der Bund und das Land Hessen vorsehen, besteht erstmals die Chance, einen verbesserten Lärmschutz zu realisieren. Diese Chance muss konsequent genutzt werden! Die Friedrichsdorfer FDP nutzt ihre engen Kontakte zur hessischen Landesregierung und zum Verkehrsminister Dieter Posch, der unsere Forderung als zuständiger Minister unterstützt.

Wir plädieren für eine bessere Verkehrsüberwachung an Schulen und Kindertagesstätten!

An vielen Schulen, insbesondere Grundschulen, und Kindertagesstätten im Friedrichsdorfer Stadtgebiet herrscht gerade in den Morgenstunden eine unbefriedigende Verkehrssituation. Die Friedrichsdorfer FDP unterstützt daher die Forderung nach Verkehrsberuhigung und einer verbesserten Verkehrsüberwachung durch Ordnungskräfte der Stadt und die Polizei zu den Anfangs- und Endzeiten. Ebenso befürworten wir die Eigeninitiative von Schulen und Eltern (etwa durch den Einsatz von Schülerlotsen), um Kleinkindern und Schülern einen sicheren Weg zur Schule und Kindertagesstätte zu gewährleisten.

Milupa-Bebauung: Wir fordern eine durchdachte Verkehrsführung für die Friedrichsdorfer Kernstadt!

Der geplante Neubau eines Einkaufszentrums auf dem Milupa-Gelände wird auch eine zusätzliche Verkehrsbelastung für die Friedrichsdorfer Kernstadt und die Zubringerstraßen mit sich bringen. Die bisher vorgelegten Pläne der Friedrichsdorfer Stadtverwaltung und Koalitionsmehrheit aus CDU/FWG mit Unterstützung der Grünen tragen dieser Entwicklung ebenso wenig Rechnung wie dem Schutzbedürfnis der Anwohner. Daher fordert die Friedrichsdorfer FDP eine umfassende Überprüfung des Verkehrswegeplans, der zudem mit

einem ganzheitlichen Stadtentwicklungskonzept abgestimmt sein sollte, das bisher fehlt. Die Friedrichsdorfer FDP wird sich hierfür nachhaltig einsetzen!

Wir fordern Verkehrsberuhigung mit Augenmaß!

Tempo-30-Zonen sind kein politisches Allheilmittel, um an neuralgischen Verkehrspunkten für zusätzliche Sicherheit zu sorgen. Gerade in Wohngebieten sind solche verkehrsberuhigenden Maßnahmen häufig sinnvoll, aber nicht überall. Die FDP tritt für eine jeweilige Einzelprüfung ein.

Gerade in den Ortszentren von Köppern, Seulberg und Burgholzhausen zeigt sich, dass eine Verkehrsberuhigung über Tempo-30-Zonen nicht zum gewünschten Ziel führt. Daher treten wir Friedrichsdorfer Liberalen dafür ein, an verkehrlichen Brennpunkten zusätzliche Formen der Verkehrsüberwachung in Abstimmung mit der Polizei einzusetzen und weitere Baumaßnahmen umzusetzen, die in den Durchgangsstraßen der einzelnen Ortsteile zu einer effizienteren Verkehrsberuhigung führen als bisher.

Wir befürworten ausreichenden und bezahlbaren Parkraum in Friedrichsdorf!

Von der damaligen rot-grünen Bundesregierung wurde das Autofahren verteufelt - und teuer gemacht (Ökosteuer). Viele Bürgerinnen und Bürger in Friedrichsdorf sind jedoch auf das Auto angewiesen. Also muss man ihnen auch die Benutzung ermöglichen. Dazu gehört das Angebot ausreichenden und bezahlbaren Parkraumes, z. B. im Bereich Landgrafenplatz, Hugenotten-Straße, Houiller Platz oder auch in sehr dicht bebauten Wohngebieten wie dem Römerhof dem neuen Wohngebiet Waldkristall (ehemalige Tettauer Glaswerke). Gleiches gilt für die geplante Tiefgarage im geplanten Einkaufszentrum, das zu einem Zustrom führen soll. Hierfür werden wir als FDP in Friedrichsdorf kämpfen!

FDP spricht sich für ein Ende kostspieliger Verkehrsexperimente aus!

Vor einiger Zeit hat die Friedrichsdorfer Stadtverwaltung auf Beschluss der CDU-/FWG-Mehrheit im Stadtparlament Fahrradboxen für mehrere zehntausend Euro angeschafft, um Fahrradfahrern an verschiedenen Friedrichsdorfer Bahnhöfen eine dauerhafte Abstellmöglichkeit anzubieten. Wie von der FDP seinerzeit befürchtet, werden diese kostenpflichtigen Angebote aber von den Friedrichsdorfer Bürgern kaum angenommen. Daher fordert die FDP Friedrichsdorf ein Ende politisch-ideologischer Planspiele im Rathaus, die den Bürger überdies auch noch teuer zu stehen kommen.

Entlastungsstrasse: FDP sichert zügigen Bau!

Dank der Beteiligung der FDP an der hessischen Landesregierung und des Einsatzes der Friedrichsdorfer FDP sind große Teile der Entlastungsstraße Friedrichsdorf inzwischen fertig gestellt und werden von den örtlichen und überörtlichen Verkehrsteilnehmern genutzt. Die Friedrichsdorfer FDP wird sich weiter dafür einsetzen, dass der bestehende Lückenschluss zügig realisiert wird, um den Durchgangsverkehr in Köppern noch mehr zurückzudrängen.

Die FDP Friedrichsdorf setzt sich für einen ausgewogenen Mix der Verkehrsmittel ein. Dazu gehört neben dem Individualverkehr auch ein attraktives Angebot im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV).

Im ÖPNV hat Friedrichsdorf jedoch noch Nachholbedarf. Es fehlen gerade für Berufspendler, Schüler und Senioren wichtige Angebote. Die FDP Friedrichsdorf wird sich dafür einsetzen, Verhandlungen mit dem RMV aufzunehmen, um Berufspendlern bessere Fahrbedingungen zu ermöglichen, gerade angesichts überfüllter Taunusbahnzüge zu beruflichen Stoßzeiten. Ebenso befürwortet die FDP eine Verlängerung der so genannten Westtangente zum Frankfurter Flughafen über Bad Homburg hinaus bis nach Friedrichsdorf. Diese Infrastrukturmaßnahme schafft zusätzliche Attraktivität für den Gewerbe- und Wohnstandort Friedrichsdorf.

Bus & Bahn: Bessere Möglichkeiten für Schüler, Pendler und Senioren schaffen!

Darüber hinaus plädieren wir Friedrichsdorfer Liberalen dafür, dass der Kreis als Schulträger die Kosten für Schülerfahrkarten von G8-Schülern in umliegende Kommunen übernimmt. Darüber hinaus plädiert die Friedrichsdorfer FDP dafür, dass ermäßigte Sondertarife des RMV für Schüler über das 14. Lebensjahr hinaus bis zum Abschluss der schulischen Erstausbildung gelten sollen.

3.5. Kinder, Jugend und Senioren: Der Handlungsbedarf für eine zukunftsfähige Stadt ist groß

Wettbewerb der Kommunen erfordert neue Antworten!

Friedrichsdorf hat heute zwar 700 Wohneinheiten mehr als im Jahr 2000, die Bevölkerung ist in dieser Zeit aber nur um 100 Einwohner gewachsen. In den kommenden Jahren wird die Bevölkerungszahl sogar schrumpfen - und zwar in Friedrichsdorf wie im gesamten Rhein-Main-Gebiet. Der massive Wettbewerb der Kommunen untereinander um eine stabile Bevölkerung läuft auf Hochtouren. Bestehen werden ihn nur die Kommunen, die sich rechtzeitig darauf eingestellt haben und mit attraktiven Angeboten auf die Lebensbedürfnisse aller Generationen eingehen.

Kinder- und Jugendpolitik

Qualität und Transparenz sind in Kinder- und Jugendpolitik entscheidend!

Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche nachhaltige Kinder- und Jugendpolitik ist, dass der Bedarf an Betreuungsplätzen für U-3-Kinder, an Kita- und Hortplätzen für junge Familien quantitativ gedeckt werden kann. Und das natürlich zu bezahlbaren Preisen und in bestmöglicher Qualität! Die Kosten für Kinderbetreuung und eine qualitativ hochwertige Kita- und Hortbetreuung sind für junge Familien entscheidend für die Wahl des Wohnortes. Gebührenerhöhungen, wie sie CDU, FWG und Grüne erst jüngst beschlossen haben, sind das falsche Signal für eine familienfreundliche Generationenpolitik! Positiv abheben von anderen Kommunen muss sich Friedrichsdorf letztlich durch die Qualität der Angebote. Dazu gehören private und öffentliche Träger und unterschiedliche pädagogische Betreuungskonzepte. Herausragende Merkmale, wie eine qualifizierte Sprachförderung für alle Kinder oder eine geregelte Integration von Kindern mit Behinde-

rungen, sollten dabei alle Einrichtungen aufweisen. Wir Liberale schlagen vor, entsprechende, bewährte Modelle von Land und Bund zu nutzen. Dazu gehört aber auch die Transparenz und Verlässlichkeit der vorhandenen Kapazitäten.

Das Anmeldeverfahren für städtische Kitas und Horte muss zentral, transparent und gut planbar sein und nicht so chaotisch wie bisher ablaufen, dass Familien ihr Kind mehrfach in den Kitas anmelden, um sich einen Betreuungsplatz zu sichern.

Mit PRS als Ganztags-
schule neue Wege in
der Jugendarbeit be-
schreiten!

Seit 2002 unterstützen Orts- und Kreis-FDP die neue Philipp-Reis-Schule mit Ganztagsschulkonzept. Die Schule wird in etwa einem Jahr ihren Betrieb aufnehmen und das weiterführende Schulangebot in Friedrichsdorf nachhaltig auf ein hohes Niveau bringen. Damit verändert sich das Freizeitverhalten in den Nachmittagsstunden erheblich. Darauf hat die Stadtjugendpflege mit einem veränderten Betreuungsangebot zu reagieren: Statt in leeren Jugendzentren mehrmals wöchentlich auf Jugendliche zu warten, spricht sich die FDP schon seit Langem für ein offenes Kinder- und Jugendbüro als Koordinationsstelle im Stadtzentrum aus. Dort können Kinder und Jugendliche oder deren Eltern direkt ihre Interessen äußern und Antworten suchen. Statt einer Jugendpflege, die Missstände pflegt und verwaltet, brauchen wir eine zentrale Anlaufstelle, wo bestehende Aktivitäts- und Vereinsangebote vernetzt und sinnvoll genutzt werden! Das Büro muss für seine Zielgruppe verschiedene Funktionen wahrnehmen: als Beratungsstelle oder Vermittlung von Beratungen für Kinder und Jugendliche, als Sammel- und Koordinationsstelle für unterschiedlichen Interessen und Ideen von Kindern und Jugendlichen, als Vernetzungsstelle für alle Einrichtungen, die mit Kindern und Jugendlichen zu tun haben und letztlich muss das Kinder- und Jugendbüro die Interessen von Kindern und Jugendlichen bei allen Entscheidungen vertreten, die die zukünftige Gestaltung deren Lebensraums in Friedrichsdorf betrifft. Das sind z.B. Umweltplanung, Stadtentwicklung und Verkehrsplanung.

Mit Kinder- und Ju-
gendbüro eine bessere
Lobby als bisher ge-
währleisten!

Das Kinder- und Jugendbüro muss Anstöße geben, Friedrichsdorf kinder- und jugendfreundlicher zu machen: Wo können Eltern mit ihren Kleinkindern in der Hugenottenstraße verweilen? Wo können sich ältere Kinder und Jugendliche im Stadtzentrum treffen? Es gibt keinen Raum für sie, außer in Lokalen, in denen sie lt. Jugendschutzgesetz erst ab 16 Jahren ohne Erwachsene (und mit Geld) sein dürfen. Oder auf Spielplätzen, wo sie sich treffen und vom Ordnungsdienst verjagt werden. Eine zukunftsweisende, kluge Stadtplanung bezieht die Interessen heranwachsender Kinder in die nachhaltige Stadtplanung mit ein! Unser Ziel muss ein, in Friedrichsdorf so attraktive Angebote für sie zu machen, dass sie auch in ihrer Freizeit gern hier bleiben, statt sie per Nachtbus aus den umliegenden Orten zu holen.

Ein „echtes“ Kinder- und Jugendparlament als Sprachrohr für die Jugend!

Darüber hinaus fordern wir Liberale die Einrichtung eines mehrmals im Jahr tagenden Kinder- und Jugendparlaments, das die Interessen der Kinder und Jugendlichen in Friedrichsdorf vertritt und über mehr Entscheidungskompetenz verfügt als das bisherige Kinder- und Jugendforum. Das bisher lediglich sporadisch tagende Kinder- und Jugendforum, das zudem auf die Friedrichsdorfer PRS-Schüler beschränkt ist, reicht nicht aus, um alle Kinder und Jugendliche in Prozesse zur Gestaltung ihres Lebensraums zu integrieren.

Politik für Senioren

Selbstständiges und selbstbestimmtes Leben solange wie möglich und gewollt sowie die aktive Teilhabe am Leben solange wie gewollt, sind die Prinzipien, die die Seniorenpolitik der Friedrichsdorfer FDP bestimmen.

Älter werdende Bevölkerung erfordert Anpassung der Lebensräume

Eine neue städtische Seniorenpolitik ist durch die Bevölkerungsentwicklung, für die die FDP seit langem vom Magistrat einen Vorausschaubericht forderte, notwendig geworden. Der Bericht, der seit Dezember 2009 nur als Seniorenbericht 2009 bis 2014 vorliegt, zeigt für die nächsten Jahre einen Anteil von rd. 35 % der über 60-jährigen an der Gesamtbevölkerung. Das heißt, in Friedrichsdorf werden in absehbarer Zeit 8500 Menschen leben, die älter als 60 sind, davon etwa 2000 über 80-jährige (heute: 1000). Bei zunächst gleichbleibender und später deutlich schrumpfender Bevölkerungszahl bedeutet das auch einen drastisch zurückgehenden Anteil der Jüngeren und Jungen. Das alles hat starke Auswirkungen auf das Leben in unserer Stadt, und zwar auf Infrastruktur, Wohnen und Pflege.

Infrastruktur

Barrierefreiheit in der Stadt

Die ersten Ansätze einer barrierefreien Stadt müssen weiter ausgebaut werden in Form abgesenkter Bürgersteige an Straßenübergängen und entsprechender Zugänge zu öffentlichen Gebäuden, wie Bahnhöfe, Stadtbücherei. Das hilft Senioren, Gehbehinderten und Eltern mit Kinderwagen. Verträge für den Stadtbus und seine Anschlüsse an den überörtlichen Verkehr wie die S-Bahn und auch neue Formen des ÖPNV müssen senioren- und behindertengerecht gestaltet werden.

Pflege

Ausreichend stationäre Pflegeplätze und vielfältiges Angebot

Die Veränderung in der Bevölkerungsstruktur ist im Moment auf dem Gebiet der Pflege älterer Menschen noch nicht negativ spürbar. Es sind genügend ambulante Pflegedienste und stationäre Pflegeplätze vorhanden. In Zukunft wird der Pflegebedarf aber wachsen, darauf muss sich Friedrichsdorf rechtzeitig einstellen. Aufgabe von Politik und Verwaltung ist es, jetzt um unterschiedliche Angebote verschiedener Anbieter zu werben und so dafür zu sorgen, dass möglichst

jeder ältere Friedrichsdorfer sein individuelles Maß an notwendiger Versorgung und Pflege findet. Es gibt viele Modelle außer dem gewohnten Altenpflegeheim. Diese Vielfalt ist nach Friedrichsdorf zu holen. Wir wollen vermeiden, dass pflegebedürftige Friedrichsdorfer mangels Angebot an guter Pflege in eine andere Stadt umziehen müssen! Deswegen müssen jetzt die Rahmenbedingungen geschaffen werden für ausreichende und gute Pflege in Friedrichsdorf.

Runder Tisch Pflege mit allen Beteiligten

Pflegeangebote, müssen auch berücksichtigen, dass der Anteil körperlich gesunder Menschen mit Demenz steigen wird und dazu besondere Pflegekonzepte erforderlich sind. Demente und verwirrte Menschen behalten ihre Lebensqualität länger, wenn sie in ihrem vertrauten Umfeld bleiben können und die gewohnten Abläufe im Alltag haben. Das spricht für quartiersbezogenen Wohnmodelle und wohnungsnah ambulante Unterstützung mit viel nachbarschaftlicher, ehrenamtlicher Hilfe und einem fließenden Übergang zur Vollpflege. Modelle dazu gibt es bereits in anderen Kommunen. Für ein solches Modell muss die Stadt die Initiative ergreifen mit der Bereitschaft, Impulse zu setzen und Bürgerinnen und Bürger zur ehrenamtlichen Mitarbeit zu motivieren. Dazu haben wir in Friedrichsdorf ja bereits beste Voraussetzungen geschaffen mit der Schaffung der Koordinationsstelle Ehrenamt, dem Verein Wir Friedrichsdorfer und der ehrenamtlichen Wohnberatung zu barrierefreiem Wohnen. Um ausreichende Kapazitäten, eine Vielfalt an Konzepten und die Koordination aller Angebote sicherzustellen, fordert die FDP einen Runden Tisch Pflege mit allen professionell Beteiligten.

Wohnen im Alter

Barrierefreien Wohnraum in allen Neubausprojekten von vornherein einplanen!

Die FDP wird sich wie in der Vergangenheit dafür einsetzen, dass in den nächsten Jahren in Friedrichsdorf attraktive und bezahlbare Wohnungen zur Verfügung stehen. Dazu gehört, dass bei jedem neuen Wohnbauvorhaben ein Anteil barrierefreien Wohnraums gebaut werden muss. Wir brauchen in allen Stadtteilen Wohnraum, in dem ältere Bürger möglichst lang wohnen bleiben können, wenn sie das möchten. Bei den Wohnungen, die auf dem Milupa-Gelände gebaut werden, hat die Koalition einen entsprechenden Antrag der FDP abgelehnt. Der Investor selbst ist wohl einsichtiger. Es muss bei allen Bauvorhaben selbstverständlich werden, dass die Interessen der älter werdenden Bevölkerung von Anfang an mit eingeplant werden. Wir werden nicht nachlassen, uns dafür einzusetzen.

Mehrgenerationenwohnen fördern!

Bei Gemeinschafts-Wohnprojekten zeigen die Erfahrungen aus anderen Kommunen, dass es gerade in der Anfangsphase sehr wichtig ist, dass eine „offizielle Stelle“ das Projekt anstößt und die Fäden in der Hand hält und die Koordination zumindest so lange übernimmt, bis das Projekt spruchreif ist. Voraussetzung aus unserer Sicht ist dazu umfassende Information interessierter Bürgerinnen und Bürger über unterschiedliche Wohn- und Lebensformen – ob mit oder ohne Hinzuziehung eines externen Profis. Eine Seniorenmesse zu diesem The-

ma könnte Anregungen geben und dazu motivieren, sich diesem Thema auf breiter Basis anzunehmen.

Neben den zahlreichen Kulturveranstaltungen sind seniorengerechte städtische Freizeitangebote zu machen. Dabei ist sehr viel ehrenamtliches Engagement mit einzubinden.

Miteinander von Alt und Jung verbessern!

Die FDP begrüßt ausdrücklich Freizeitangebote in den Räumen der Seniorenresidenz. Leider sind diese noch zu wenig bekannt, die FDP spricht sich für eine verbesserte Nutzung der Räume und Gerätschaften aus. So könnten beispielsweise die PCs mehr ausgelastet, die Keramikbrennöfen noch mehr genutzt und das Knowhow der Holzwerkstatt oder zur Seidenmalerei auch an Kinder/Jugendliche weiter gegeben werden. In Zeiten knapper Kassen sollten wir über den eigenen Tellerrand sehen können und vorhandene Ressourcen optimal nutzen!

Zu guter Letzt: Ihre Stimme für die FDP und ein besseres Friedrichsdorf!

Sie sehen: zur Regierungspolitik gibt es eine verantwortungsvolle Alternative. Wir als Friedrichsdorfer FDP sind bereit, zum Wohle unserer Stadt auch in den kommenden fünf Jahren kräftig anzupacken und zu handeln.

Damit wir das aber können, handeln bitte auch Sie! Gehen Sie zur Wahl! Geben Sie unserer Liste Ihre Stimme. Und wenn Sie Ihre 37 Stimmen aufteilen wollen: machen Sie bei unseren Kandidaten 3 Kreuze!

Wir, die Friedrichsdorfer FDP, zählen auf Ihr Vertrauen!